

Positionspapier der ostdeutschen Bauindustrie zur Bundestagswahl 2017



Die Bauwirtschaft in Ostdeutschland zeichnet sich durch große ingenieurtechnische Leistungen, innovative Verfahren und eine hohe Anpassungsfähigkeit aus. Der infrastrukturelle und städtebauliche Aufholprozess nach der Wiedervereinigung wäre ohne die Leistungsfähigkeit der bauindustriellen Unternehmen nicht möglich gewesen.

Heute erwirtschaften die 180.000 Beschäftigten der ostdeutschen Bauwirtschaft einen Jahresumsatz von über 20 Mrd. Euro. Damit gehört die Branche zu den wirtschaftlichen Säulen Ostdeutschlands. Um auch in Zukunft die bauliche Umwelt positiv gestalten zu können, benötigen die bauindustriellen Unternehmen jedoch die richtigen Rahmenbedingungen.

Die Bundestagswahl am 24. September 2017 bringt neue Weichenstellungen mit sich. Die Bauindustrieverbände Sachsen/Sachsen-Anhalt und Berlin-Brandenburg haben daher die Positionen der ostdeutschen Bauindustrie formuliert, um sie in den politischen Diskurs einzubringen und die Interessen der ostdeutschen Bauunternehmen zu vertreten.

Zentral für alle Veränderungen ist ein konstruktiver Dialog auf Augenhöhe zwischen Unternehmen, Politik und öffentlichen Auftraggebern. Nur in einem partnerschaftlichen Miteinander können die Herausforderungen gelöst werden.

Dazu gehört auch, dass alle am Bau Beteiligten frühzeitig in den Planungs- und Bauprozess eingebunden werden müssen. Kooperation kann jedoch nur gelingen, wenn alle das gemeinsame Projektziel vor Augen haben. Die Bauindustrie befürwortet daher das Modell des partnerschaftlichen Bauens ausdrücklich und lädt alle Beteiligten dazu ein.



Wolfgang Finck

Präsident
Bauindustrieverband
Sachsen/Sachsen-Anhalt e. V.



Marcus Becker

Präsident
Bauindustrieverband
Berlin-Brandenburg e. V.

Solidarpakt neu ausrichten

Der Solidarpakt II läuft Ende 2019 aus. Das führt ab 2020 zu erheblichen Mindereinnahmen in den neuen Ländern und Berlin. Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg sowie Berlin profitieren zu 75 Prozent von diesen Mitteln. In den Jahren 2017 bis 2019 stehen ihnen insgesamt aus dem Korb I letztmalig 6,4 Mrd. Euro aus dem Solidarpakt zur Verfügung, um auf den Stand der alten Länder aufzuschließen.

Nach dem Zusammenbruch großer Wirtschafts- und Industriebereiche in den 90er Jahren müssen sich vor allem die Flächenländer im Osten nun der Alterung und dem Bevölkerungsrückgang stellen. Dies erfordert ein Umdenken und die Neuausrichtung zum Beispiel in der Städtebau- und Infrastrukturpolitik.

Laut einer Untersuchung des ifo Instituts Dresden wird der wirtschaftliche Angleichungsprozess zwischen Ost- und Westdeutschland frühestens im Jahr 2030 abgeschlossen sein.

Die Länder Sachsen-Anhalt und Berlin hinken in zwei von vier Haushaltskennziffern (der Zins-Steuer-Quote und dem Schuldenstand) immer noch dem Länderdurchschnitt hinterher.

Die Bauindustrie benötigt daher ein Zeichen zugunsten der gemeinsamen und solidarischen Bewältigung der gewandelten Herausforderungen, von der die Bundesländer in einem unterschiedlich großen Maß betroffen sind.

Die Bauindustrie in Ostdeutschland fordert:



- Die Neuausrichtung des Solidarpaktes muss dazu führen, dass die vom Strukturwandel besonders betroffenen Bundesländer ab 2020 weiterhin solidarisch Unterstützung erhalten.

Fachkräfte finden und Nachwuchs sichern

Der demografische Wandel, die Abwanderung und die Konzentration auf die Ballungsräume machen sich in der Bauindustrie immer stärker bemerkbar. Lehrstellen können nicht mehr mit ausreichend qualifizierten Bewerbern besetzt werden. Damit ist es immer schwerer, altersbedingte Abgänge von Fachkräften zu kompensieren. Zugleich ist es für die Branche immer schwieriger, ausbildungsreife Schulabgänger zu finden. Die Verzahnung zwischen Schulabschluss und dem Start in eine betriebliche Ausbildung ist mangelhaft und muss verbessert werden. Das duale Ausbildungssystem muss darüber hinaus nachhaltig gestärkt werden und sollte weiterhin direkt nach einem Schulabschluss ohne Zwischenqualifizierung, Einstiegsqualifizierung oder anderen Übergangssystemen möglich sein. Dort, wo das kurzfristig nicht zu gewährleisten ist, muss dafür Sorge getragen werden, dass die Einstiegsqualifizierungen nachträglich hergestellt und stärker gefördert werden. Hierbei ist die Integrationsleistung der Bauindustrie besonders hervorzuheben, da sie mit ihren Ausbildungsangeboten vielfach Jugendliche mit Ausbildungshemmnissen und Migrationshintergrund erreicht und in den Arbeitsmarkt integriert.

Die Bauindustrie in Ostdeutschland fordert:



- Die duale Berufsausbildung muss als Erfolgsmodell gestärkt werden.
- Die schulische Ausbildung muss praxisorientierter werden, damit junge Menschen ohne weitere Qualifizierung sofort in die duale Ausbildung einsteigen können.
- Die Einstiegsqualifizierung muss weiterhin unterstützt und gefördert werden.
- Der mittlere Schulabschluss muss wieder gesellschaftlich aufgewertet werden, anstatt zu hohe Abitur- bzw. Studierquoten politisch vorzugeben.
- Dem Mangel an nötigen Voraussetzungen in den MINT-Fächern für ein Ingenieurstudium muss politisch entgegen gewirkt werden.



Foto: Wolff & Müller Regionalbau GmbH & Co. KG

Wohnungsbau fördern

Nach einem Einbruch im Wohnungsbau in den 2000er-Jahren, hat sich die Bautätigkeit in diesem Segment in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Mittlerweile erwirtschaften die ostdeutschen Bauunternehmen im Wohnungsbau ein Drittel des Gesamtumsatzes. Dennoch gibt es in diesem Bereich nach wie vor große Probleme. Wohnungsknappheit in den Ballungsräumen, Leerstand in ländlichen Gebieten und die hohe Regulierungsdichte sind nur einige Aspekte. Der hohe Bevölkerungszuwachs in den Städten und der Mangel an Wohnraum führte zu teilweise hohen Preis- und Mietsteigerungen. Die Notwendigkeit, das Wohnungsangebot im unteren Preissegment zu erhöhen, wird dadurch verstärkt. Grundsätzlich muss daher die Bautätigkeit im Wohnungsbau weiter erhöht werden. Hier ist vor allem der Staat in der Pflicht, den sozialen Wohnungsbau weiter zu fördern.

Die Bauwirtschaft wird ihrerseits den seriellen Bau von Wohnungen weiter vorantreiben. Es müssen innovative Lösungen gefunden und moderne Formen des industriellen Bauens gezielt für die Zukunftsaufgabe Wohnungsbau entwickelt werden. Dabei gilt, dass es nicht allein darum gehen darf, viele Wohnungen mit geringem Standard auf den Markt zu bringen, sondern dass das Bauen effizienter gemacht wird, sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis verbessert und keine Preisgabe an technologischem Fortschritt erfolgt. Darüber hinaus darf sich das Bauen durch die hohe Regulierungsdichte in Deutschland nicht noch weiter verteuern.

Außerdem dauern die Genehmigungsverfahren in Deutschland immer noch zu lange. Daher benötigt die Bauindustrie im Wohnungsbau eine Entbürokratisierungsoffensive.

Die Bauindustrie in Ostdeutschland fordert:



- Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus muss aufgestockt werden.
- Die bestehenden Fördermöglichkeiten der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur CO₂-Gebäudesanierung müssen fortgeführt werden.
- Die Bauordnungen der Länder bedürfen einer dringenden Entbürokratisierung, damit sich Bauen nicht weiter verteuert.
- Die Energieeinsparverordnung muss hinsichtlich kosten-treibender Bestandteile kritisch überprüft werden.
- Die Genehmigungsverfahren müssen verschlankt und beschleunigt werden.

Schwarzarbeit bekämpfen

Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt. Unternehmen, die sich durch die Nichtbefolgung von tariflichen Regeln einen Wettbewerbsvorteil verschaffen, müssen stärker verfolgt werden. Der Verfolgungsdruck bei der Einhaltung der allgemeinverbindlichen Mindestarbeitsbedingungen muss daher deutlich intensiviert werden. In den vergangenen Jahren kam es zu einer Verschlechterung der Aufklärungsquoten infolge der neu zum Arbeitnehmerentsendegesetz hinzugekommenen Branchen, die nunmehr ebenfalls vom Zoll kontrolliert werden müssen. Gleichzeitig müssen die Interpretationsspielräume für die Zollbehörden so eng wie möglich gehalten werden, um den Unternehmen die nötige Rechtssicherheit zu geben. Im Rahmen des Nachunternehmer Einsatzes muss darüber hinaus dem Hauptunternehmer immer die Möglichkeit einer Exkulpation gegeben werden.

Entsorgung mineralischer Bauabfälle sicherstellen

Schon heute ist Deponieraum in Ostdeutschland knapp und die Transportwege betragen in einzelnen Regionen bis zu 200 km. Wenn mit Inkrafttreten der Mantelverordnung in der kommenden Legislaturperiode bis zu 50 Mio. t pro Jahr zusätzlich deponiert werden müssten, wird in kürzester Zeit ein Deponienotstand erreicht sein. Die Deponiekosten würden bundesweit vor diesem Hintergrund explodieren. Längere Transporte, möglicherweise ins benachbarte Ausland, mit negativen Auswirkungen auf Verkehr und Umwelt wären die Folge. Aufgrund der langen Planungs- und Genehmigungszeiten für Deponien ist dieses Problem kurzfristig nicht zu lösen. Sollte in der Mantelverordnung nicht nachgebessert werden, um einer Stoffstromverschiebung entgegen zu wirken, wäre ein kurzfristiges „Deponie-neubauprogramm“ von Bund und Ländern angesagt. Dafür müsste der Bund entsprechende finanzielle Mittel und Hilfen bereitstellen, denn die Länder und Kommunen dürfen nicht alleine gelassen werden. Parallel sind dringend gesetzgeberisch planungsbeschleunigende Maßnahmen für Deponie-neubauten durchzusetzen.

Die Bauindustrie in Ostdeutschland fordert:



- Die Kontrollen zur Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen am Bau müssen verstärkt werden.
- Es müssen faire Wettbewerbsbedingungen für Bauunternehmen geschaffen werden.
- Die schwarzen Schafe, die mit Lohndumping schnelle Gewinne auf Kosten von Arbeitnehmern und konkurrierenden Bauunternehmen machen wollen, müssen bekämpft werden.
- Die Bündnisse für Regeln am Bau zur Bekämpfung der Schwarzarbeit müssen in den ostdeutschen Bundesländern gestärkt werden.

Die Bauindustrie in Ostdeutschland fordert:



- Es muss ein eigenes Bauabfallrecht geschaffen werden, welches den speziellen Bedürfnissen der Bauwirtschaft gerecht wird und durchgängige Regelungen enthält, die in der Praxis unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Interesse der Umwelt umgesetzt werden können.
- Um dem Deponienotstand zu begegnen, wird ein bundesweites Deponie-neubauprogramm benötigt.



Foto: EUROVIA Verkehrsbau Union GmbH

Infrastruktur weiter ausbauen und erhalten

Verkehrsinfrastruktur

Das überörtliche Straßennetz in Ostdeutschland befindet sich 27 Jahre nach der Wiedervereinigung in einem guten Ausbaustand. Dennoch gibt es weiterhin dringliche Projekte im Bundesverkehrswegeplan, die einer Umsetzung bedürfen. Allerdings führt der eklatante Personalmangel in den Bauverwaltungen mittlerweile dazu, dass es kaum mehr Planungsvorlauf gibt. Auch sehen sich die Länder daher immer weniger in der Lage, komplexe Bauvorhaben abzuwickeln.

Infrastrukturgesellschaft Verkehr

Mit der neu zu gründenden Infrastrukturgesellschaft Verkehr muss sichergestellt werden, dass die Bundesländer ihre Bauherrenkompetenzen nicht verlieren. In der Übergangsphase dürfen Straßenbauinvestitionen nicht ins Stocken geraten und die Bundesländer ihre Planungen nicht zurückstellen.

Schieneinfrastruktur

Die Schienennetzdichte ist in Sachsen mit ca. 2.600 km und in Sachsen-Anhalt mit 2.000 km im Bundesvergleich sehr hoch. Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg weist ein knapp 3.500 km langes Schienennetz auf. Dennoch müssen die bestehenden Bedarfspläne zügig vorgebracht sowie die industriellen Ballungsräume an das Fernnetz der DB AG angeschlossen werden.

Breitbandausbau

Gerade in den ländlichen Gebieten in Ostdeutschland reicht die Breitbandversorgung längst nicht aus. Die Abdeckung mit schnellem Internet (>50 M/Bit) liegt in Sachsen bei 50 Prozent, in Sachsen-Anhalt sogar nur bei 40 Prozent und in Brandenburg bei 55 Prozent. Nur in Berlin kann von einer nahezu flächendeckenden Versorgung gesprochen werden.

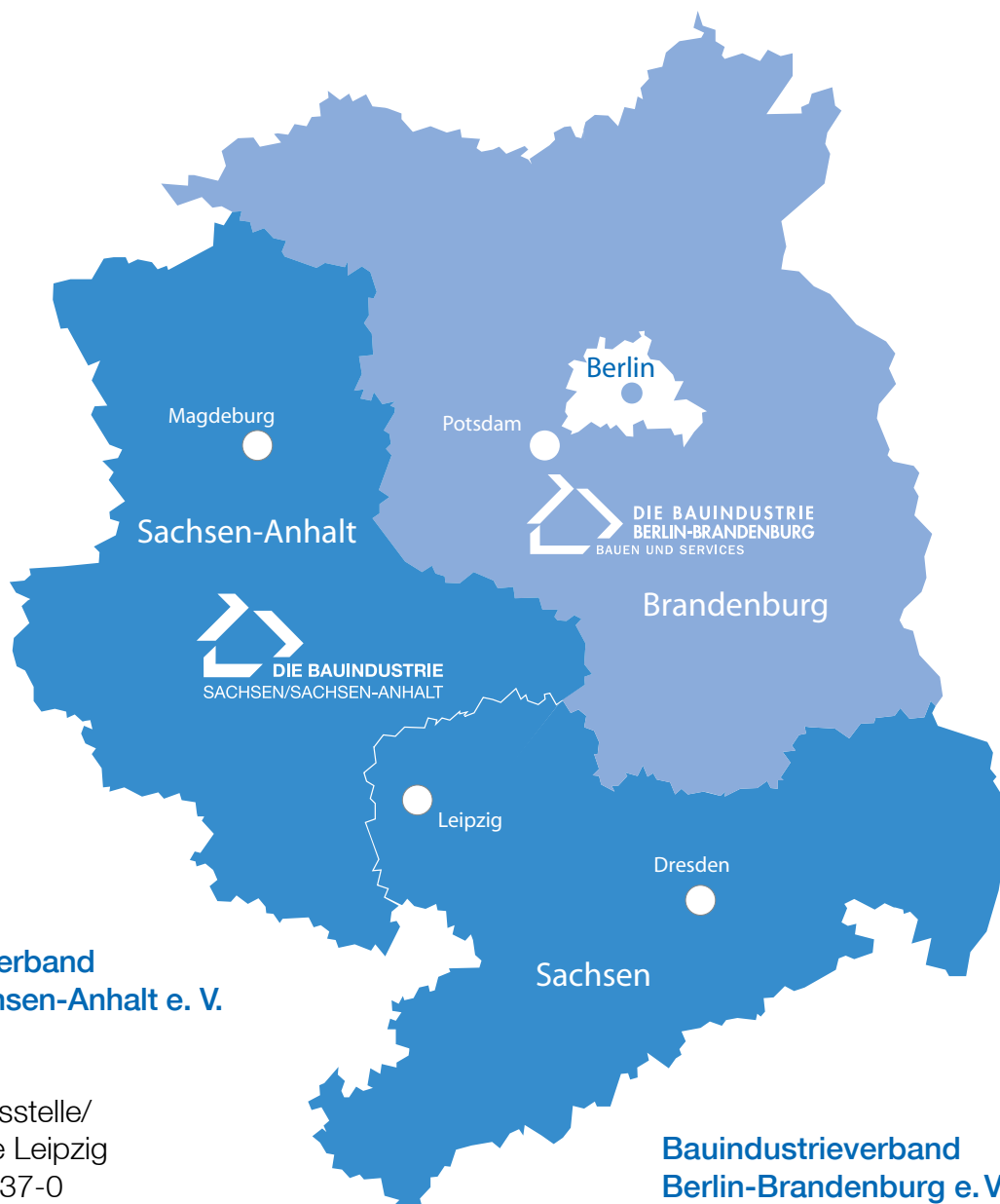
Planungsbeschleunigung

Das Innovationsforum Planungsbeschleunigung hat konkrete Vorschläge und Handlungsempfehlungen erarbeitet, wie Planungen in Deutschland effizienter durchgeführt und schneller abgeschlossen werden können. Die Empfehlungen liefern u. a. die Grundlage für eine substantielle Reform der Planungsverfahren und des Planungsrechts, die auch sinnvolle Anpassungen des europäischen und internationalen Rechts beinhalten. Die Ergebnisse müssen in einem Planungsbeschleunigungsgesetz münden.

Die Bauindustrie in Ostdeutschland fordert:



- Die Investitionen in die Infrastruktur müssen auf hohem Niveau gehalten werden.
- Durch die Implementierung der Infrastrukturgesellschaft Verkehr dürfen die Investitionen in den Bundesländern nichts ins Stocken geraten.
- Das neu zu gründende Fernstraßen-Bundesamt muss in einem ostdeutschen Bundesland angesiedelt werden.
- Die Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturvorhaben müssen deutlich gestrafft und beschleunigt werden. Dafür muss ein Planungsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht werden.
- Der Ausbau und die Elektrifizierung der Schienenstrecke Chemnitz-Leipzig muss in den Vordringlichen Bedarf des BVWP 2030 und damit in das Fernverkehrskonzept der Deutschen Bahn AG eingeordnet werden.
- Der Ausbau der Breitbandversorgung in Ostdeutschland muss vorangetrieben werden.



Bauindustrieverband Sachsen/Sachsen-Anhalt e. V.

Leipzig

Hauptgeschäftsstelle/
Geschäftsstelle Leipzig
Fon: 0341 33637-0
Fax: 0341 3363734
leipzig@bauindustrie-ssa.de

Dresden

Geschäftsstelle Dresden
Fon: 0351 31988-0
Fax: 0351 3198825
dresden@bauindustrie-ssa.de

Magdeburg

Geschäftsstelle Magdeburg
Fon: 0391 53221-0
Fax: 0391 5322124
magdeburg@bauindustrie-ssa.de

www.bauindustrie-ssa.de

Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg e. V.

Potsdam

Hauptgeschäftsstelle/
Geschäftsstelle Potsdam
Fon: 0331 7446-0
Fax: 0331 7446155
info@bauindustrie-bb.de

Berlin

Geschäftsstelle Berlin
Fon: 030 21286200
Fax: 030 21286205

www.bauindustrie-bb.de



Um die Schlagkraft der bauindustriellen Unternehmen zu erhöhen, haben sich die Bauindustrieverbände Sachsen/Sachsen-Anhalt und Berlin-Brandenburg zur **Interessengemeinschaft Bauindustrie Ost** zusammengeschlossen. Das Ziel ist eine Fusion beider Verbände im Jahr 2018.